

EXTRABLATT

**Treue Leserin,
treuer Leser**

Die GAZ hat sich in den letzten zwei Jahren zu einem wichtigen Sprachrohr in der Stadt Luzern entwickelt und wird von einem breiten Publikum gelesen und geschätzt. Wir nutzen diese Gelegenheit und gelangen mit einem Anliegen an Sie.

Ende November stimmen wir über die Droleg-Initiative ab. Haben Sie sich schon entschieden? Für uns ist es sonnenklar: Wir unterstützen die Initiative. Vor allem, weil die Repression tagtäglich die Betroffenen arm und krank macht und sie vom gesellschaftlichen Leben ausgrenzt. Deshalb stellen wir als unseren Beitrag in der Abstimmungsfrage für einmal unsere Plattform der Droleg-Regionalgruppe Luzern zur Verfügung, die in mehreren Artikeln über die Hintergründe der Initiative berichtet.

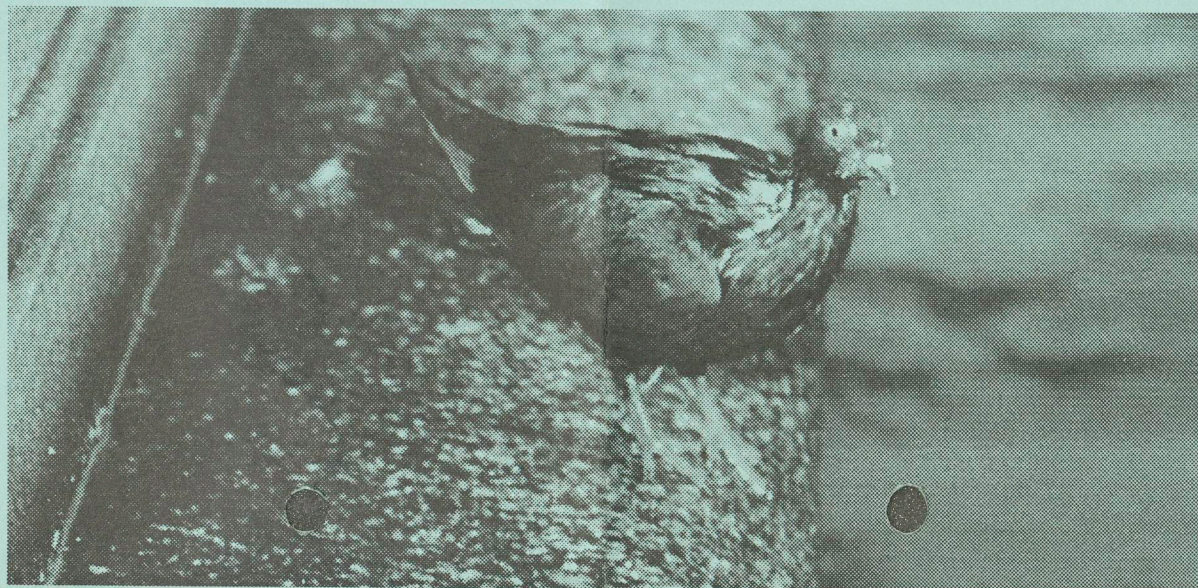
Stimmen Sie ja, finden Sie sich überdies auch ausserhalb der GAZ in guter Gesellschaft. Neuere Umfragen zeigen, dass ein grosser Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen von einer Verbotspolitik nichts hält und für einen offenen, pragmatischen Weg in Drogenfrage ist.

Diese GAZ gehört der Droleg. Wenn Sie nun aber befürchten, Sie würden Ihre vertrauten GAZ-Schreiber in diesem Blatt nicht finden, so können wir Sie beruhigen. Lesen Sie das Wort aus den eigenen Reihen.

Stimmen Sie mit uns Ja.

Die Redaktion

Wieso ein JA zur Droleg-Initiative fällig ist



Die Liberalisierung-Tauben sind startklar

Foto: Jasmin Beltrametti

Seit den sechziger Jahren wird die Drogenpolitik beherrscht von der Auseinandersetzung zwischen den «Falken», die mit harten Interventionen den Gebrauch von Drogen eindämmen wollen, und den «Tauben», die liberale, eher von der Gesundheitspolitik bestimmte Massnahmen vorziehen.

Die letzten dreissig Jahre Drogenpolitik seit der Kriminalisierung des Drogenkonsums sind in der Schweiz, bis auf eine kurze Zeitspanne Ende der achtziger Jahre, durch die «Falken» bestimmt worden. Diese stark repressiv orientierte Drogenpolitik

hat nie zu einer messbaren Reduktion des Konsums oder der Zahl der Konsumierenden von illegalen Drogen geführt.

Eine unter dem Eindruck der AIDS-Epidemie stehende kurzfristige Reorientierung dieser Politik brachte eine Besserung der Lage der Konsumierenden. Die Zugänglichkeit zu Spritzbesteck wurde erhöht, die Methadonprogramme ausgeweitet und schliesslich, als späte Folge dieser Politik, die medizinische Abgabe von Heroin ermöglicht. Dazu wollte die herrschende Politik allerdings ein Gegengewicht schaffen und verstärkte gleichzeitig die Repression des Drogenkonsums und -handels, was zu einer Verdoppelung der Verfahren wegen Vergehens gegen das Betäubungsmittelgesetz innerhalb von nur vier Jahren geführt hat. Dadurch sollte der gefürchteten Kritik von rechts, von

SVP über VPM bis Opus Dei, an einer zu liberalen Drogenpolitik begegnet werden. Diese politische Strategie hatte dann auf der ideologischen Ebene tatsächlich mit der massiven Niederlage der Initiative «Jugend ohne Drogen» Erfolg.

Die Widersinnigkeit der Strafbarkeit des Drogenkonsums - Konsum ist nach wie vor der Grund für über 80% der Verfahren nach dem Betäubungsmittelgesetz - ist unterdessen unter den allermeisten Drogenfachleuten unumstritten. Die Strafbarkeit eventuell selbstschädigenden Verhaltens ist ein Fremdkörper im modernen Strafrecht, ganz im Gegensatz zum Mittelalter, wo der Selbstmordversuch mit dem Tode bestraft werden konnte. Im modernen Rechtssystem soll nur jemand bestraft werden, der andere schädigt oder verletzt. Um die Strafbestimmungen des Betrugs hat sich ein

Polizeiapparat gebildet, der maximal bloss 2-3% des illegal gehandelten Volumens kontrolliert, extrem korruptionsanfällig ist und allein in der Schweiz mehr als 500 Millionen Franken jährlich kostet. Nicht nur in Italien, Mexiko und den Vereinigten Staaten sind Korruptionsfälle bekanntgeworden, sondern auch in der Schweiz hat es sich gezeigt, dass Drogenfahnder häufig dunkle Geschäfte zum Nebenerwerb tätigen. Noch hat die durch die Prohibition geförderte Korruption hierzulande nicht das Ausmass wie zu Zeiten der Alkoholprohibition in den USA erreicht, als sich Verbrecherkartelle bildeten, die selbst Polizeispitzen und Politik kontrollierten.

Sollte Droleg an der Urne allzu deutlich abgelehnt werden, würde dies die ineffiziente und schädliche Drogenpolitik zementieren, die sich in erster Linie auf Repression abstützt. Eine Annahme der Initiative hingegen öffnet den Weg zu einer menschlichen und gesundheitsfördernden Drogenpolitik, welche die Verteilung der Drogen in die Hände von Apothekern und Gesundheitsfachkräften, an Stelle von steuerhinterziehenden Dealern und ineffizienten Drogendezernaten legt. Dadurch wird dem Schwarzmarkt endgültig der Boden entzogen und das aggressive Anwerben von NeukonsumentInnen durch DealerInnen effizient unterbunden. Ein staatlicher und von ausgebildetem Fachpersonal kontrollierter Markt ist allemal gesundheitsförderlicher als der Dreckverkauf auf der Strasse.

Die Prohibition hat zu der breiten Verfügbarkeit von Betäubungsmitteln, zu «Heroin am Kiosk» (den offenen Drogenszenen) geführt. Lasst uns nach der Annahme der Droleg-Initiative neue, bessere Wege der Bewältigung von Drogenproblemen gehen.

Josef Estermann

W a h r - N e h m u n g Das Wort aus den eigenen Reihen

Nehmen wir mal an, man könne ohne Hirn nicht denken. Als homo sapiens kann man sogar über sein eigenes Hirn nachdenken und über die Gedanken, die ihm entspringen. Doch dem Hirn, das über sich selbst nachdenkt, sind Grenzen gesetzt, da es nicht nur zur denkenden Person gehört, sondern diese auch definiert. Somit wird Objektivität unmöglich, Tatsachen sind von der Wahrnehmung abhängig. Auch die phantastischen Fortschritte der Wissenschaft lassen nicht vergessen, dass alles relativ ist. Unsere ganze Wahrnehmung ist nicht darauf ausgerichtet, dem Subjekt «nüchterne Tatsachen» zu übermitteln, sondern Vergleichswerte. Halten Sie einmal eine Hand eine Minute lang in heisses, die andere gleichzeitig in kaltes Wasser. Wenn Sie darauf beide Hände in lauwarmes Wasser tauchen, wird Ihnen

die eine Hand «kalt», die andere «heiss» melden. Wahrnehmung wird also erst im Hirn vollendet und ist subjektiv, kann auch Täuschungen unterliegen. Unser Zeitempfinden ist in der Zahnarztpraxis nicht das gleiche wie beim Rendez-vous, ein Kunstwerk wird erst im Kopf der Konsumierenden schön oder halt nicht.

Unsere 200 Milliarden Hirnzellen sind ständig in Funktion und verarbeiten nicht nur die Signale der Sinnes-Wahrnehmung, sondern auch Körpersignale, Stimmungen und Gedanken in einer sehr komplexen Wechselbeziehung. Folglich steht auch unser Selbstbewusstsein immer in einem Zusammenhang. Was wir «für wahr nehmen», hängt nicht nur von den wahrgenommenen äusseren Informationen ab, sondern auch von der biografischen Situation und

der Stimmung. Und diese Stimmung lässt sich beeinflussen. Wir erleben die Aussenwelt nur im Zusammenhang mit der Innenwelt, ein ganz gewöhnlicher Tag wird bei Hochstimmung ganz anders empfunden als bei Niedergeschlagenheit.

Am Lauf der Dinge, an der objektiven Realität, können wir wenig ändern, ganz im Gegensatz zur inneren Stimmung, der subjektiven Wirklichkeit. Mittel und Wege ihrer Beeinflussung gibt es unzählige, unter anderem auch Drogen. Es ist ein Recht jedes Menschen, über seine Subjektivität selbst zu bestimmen und seine Wahrnehmung zu beeinflussen, solange er oder sie niemandem schadet. Das Drogen-Verbot widerspricht dem Bedürfnis eines freien Menschen nach Selbstbestimmung.

Filippo Togni

Wenn wir Ende November über die Droleg-Initiative abstimmen, sollten wir darüber nachdenken, was die Initiative wirklich will. Es geht mitnichten darum, dass einfach jeder in die Apotheke gehen kann, um sich mit irgend einem Dope einzudecken. Nein, es geht darum, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, um die ganze Problematik zu entwirren, zu entkriminalisieren. Dass es in der sogenannten zivilisierten Welt den Drogengebrauch und Missbrauch gibt, ist wohl unbestritten. Dass die Repression nicht das richtige Mittel ist, dürfte sich mittlerweile auch herumgesprochen haben. Nun geht es darum, eine Lösung zu finden, die für uns alle gang- und mittragbar ist. Wir haben in der Schweiz den grossen Vorteil der uns sogar auf-

gezwungenen Bildung, will heissen, dass wir alle mindestens 9 Jahre zur Schule gehen müssen(!?). Ich habe einige Jahre in Ländern gelebt, in welchen es absolut nicht üblich ist, seine Kinder in die Schule zu schicken. Wenn in solchen Ländern Intelligenz und Bereitschaft für Problem-Lösungen fehlen, kann ich dies verstehen. Wenn aber in einem finanziell hochgerüsteten Staat, der sich der Humanität rühmt wie die Schweiz, in einem Land, in welchem eigentlich jeder bemerkt haben sollte, dass eine fiskalische Belastung und eine Entkriminalisierung staatspolitisch wie auch menschlich weit mehr bringen als Ausgrenzung und Ächtung.

Lesen Sie weiter Seite 2